

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Exemplar durch  
die Post bezogen. In die Post-  
zettelstelle Nr. 6452.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Bürostellen-Anzeigen die  
3 gehalten Kolonel-Zeile  
60 J.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brem.  
Druck von G. A. H. Meister & So., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.  
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernlymph-Einfahrt 3002.

### Jahreswende.

Noch immer schwankt das Schicksal des Kriegs. In allen Ländern der Entente haben die Minister geredet, aber noch weiß niemand, welche Antwort Deutschland auf seinen Friedensvorschlag erhalten wird. Den starken und unbedingt ablehnenden Worten des russischen Ministers sind scheinbar ebenso ablehnende in Paris und London gefolgt. Ein wenig unversöhnlich klang es aus der Rede des italienischen Ministers. Die endgültige Antwort hat leider gegeben, sie soll gemeinsam für alle gegen Deutschland verbündeten Mächte erfolgen.

Wie sie ausfallen wird, läßt sich im voraus sagen. Sie wird gewiß kein unbedingtes Ja, aber auch kein alle Türen verschließendes Nein bringen. Der Weg zu weiteren Verhandlungen wird nicht ganz gelockert werden, es fragt sich jedoch, ob er noch so eben bleibt, daß die Mittelmächte ihn gehen können und gehen wollen. Wäre ihr Friedensvorschlag aus der militärischen Not geboren, würden sie ihn gehen müssen, weil das aber nicht der Fall ist, kann schon die bedingte Ablehnung des Vorschlags die Einleitung zu neuen noch heftigeren Kämpfen werden. Denn dann geht es nicht mehr aufs Brechen, sondern nur noch aufs Brechen.

So stehen wir bangend und hoffend an der Schwelle des Jahres. Hinter uns 29 Kriegsmonate, die allen beteiligten Ländern unerhörte Opfer auferlegt, unglaubliche Schmerzen verursacht haben — vor uns das Dunkel einer ungewissen Zukunft. Und in diesem Dunkel jener Lichtschimmer, von dem wir noch nicht wissen, ob er von einem spöttenden Feind kommt oder die Morgenröte des Friedens ankündigt.

Als im August 1914 der Krieg ausbrach, dachte kein vernünftiger Mensch an einen Krieg, der Jahre dauern könnte. Mit Wochen rechneten die Hoffnungsfreudigen, mit Monaten die Schwarzseher. Wie glücklich, daß wir es nicht besser gewußt, nicht richtiger vorausgesehen haben! So hat uns die Hoffnung das Schwerste tragen helfen, die Hoffnung, daß der Friede bald, bald kommen müsse. Ohne diese Hoffnung wäre uns das Leben unerträglich geworden. Wir können deshalb heute nur wiederholen, was wir im August 1914 schrieben: „Es ist gut, daß jetzt niemand weiß oder berechnen kann, wieviel Menschen und Menschenwerk dieser Krieg schon vernichtet hat und noch vernichten wird. Denn es ist möglich, daß jeden Wissenden ein unermessliches Grauen zwingen würde, aus dem Leben zu fliehen, selbst wenn er statt des Herzens einen Stein trüge.“ So stehen wir in einer unübersehbaren Gegenwart und vor einer ungewissen Zukunft, aber im Herzen die unausrottbare Hoffnung, daß die Dinge sich schon zum Besseren für uns fehren werden.“

Mit dieser unauslöschlichen Hoffnung im Herzen treten wir in das neue Jahr. Aber nicht nur mit dieser Hoffnung, sondern auch mit dem festen Willen, im neuen Jahre wie im alten unsre Schuldigkeit zu tun. Vor allem auch als Gewerkschafter. Als solche wollen wir unentwegt und unverdrossen weiter arbeiten für unsern Verband und für die Ziele, die er sich gestellt hat. Wir wollen wie bisher, so auch fernerhin alles daran setzen, um der Arbeiterschaft die Last des Krieges tragen zu helfen, indem wir durch Erbringung von Lohnverhältnissen den Druck der Teuerung mildern und durch Unterstützungen aller Art der ärgsten Not entgegenwirken.

Wenn uns dann das neue Jahr, wie wir zuversichtlich hoffen, den so lange und heik ersehnten Frieden bringt, werden die hunderttausend Mitglieder, die jetzt im Felde stehen, in unsre Reihen zurückkehren. Dann wird neues Hoffen neue Kraft und neue Kraft wird neue Erfolge bringen.

O schöner Tag, wenn endlich der Soldat  
Ihs Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit,  
Zum frohen Zug die Fahnen sich entfalten,  
Und heimwärts schlägt der sanfte Friedensmarsch,  
Wenn alle Hüte sich und Helme schmücken  
Mit grünen Maien, dem letzten Staub der Felder!  
Der Städte Tore gehen auf von selbst,  
Nicht die Petarde braucht sie mehr zu sprengen;  
Von Menschen sind die Wälle rings erfüllt,  
Von friedlichen, die in die Lüfte grüßen, —  
Hell klingt von allen Türmen das Geläut,  
Des blutigen Tages frohe Vesper schlagend.

Aus Dörfern und aus Städten wimmeln strömt  
Ein jauchzend Volk, mit liebend emsig  
Zufriedenheit des Heeres Fortzug hindern.  
Da schüttelt, stöhnt das noch erlebten Tages,  
Dem heimgefehrten Sohn der Freiheit die Hände.  
Ein Fremdling tritt er in sein Eigentum,  
Das längst verlassen ein; mit breiten Lesten  
Deckt ihn der Baum bei seiner Wiederkehr,  
Der sich zur Gerte bog, als er gegangen.  
Oh! Glücklich, wenn dann auch sich eine Tür,  
Sich zarte Arme sanft umschlingend öffnen!

Aus Schillers „Piccolomini“, 1. Ak.

### Ausländische Arbeiter in Deutschland.

#### IV.

##### Gewerkschaften und Einwanderungsgesetz.

Um Schlusse des dritten Artikels dieser Folge wurde gesagt, daß der Krieg die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu der Frage der Einwanderung ausländischer Arbeitsträger beeinflußt hat. Diese Bewertung bedarf infofern der Berichtigung, besser der Präzisierung, daß eine Grundgebung, die für die Gesamtheit der Gewerkschaften bindend wäre, nicht vorliegt. Immerhin rechtfertigen die Auslassungen im „Korrespondenzblatt“, dessen einflußreiche Stellung in der Gewerkschaftspresse unbestritten ist, eine gewisse Berechtigung.

Doch die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Einwanderungsfrage, in Verbindung mit der dazu gegebenen Begründung, ein Abweichen von der bisherigen Stellung zu der Frage ist bedarf kaum des Beweises. Es sei hier nur an die zur Einwanderungsfrage auf dem Internationalen Kongress in Stuttgart angenommene Resolution erinnert, in der es ausdrücklich heißt, daß „ökonomische und politische Ausnahmemaximal“ gegen die Schäden der Ein- und Auswanderung „fruchtlos und ihm Wesen nach reaktionär“ sind, daß insbesondere Abhilfe nicht zu erwarten sei von „einer Beschäftigung der Freizügigkeit und in einem Ausschluß fremder Nationalitäten oder Rassen“. Der Berichterstatter Ellenbogen verwies in seiner Begründung der Resolution besonders darauf, daß eine der Arbeiterschaft günstige Lösung der Frage auf geistigem Wege schon deshalb nicht zu erreichen sei, weil der Kapitalismus, also der kapitalistische Staat, gar kein Interesse daran habe, dieses Problem zu lösen. In Konsequenz dieser Ausschau fordert die Resolution von der Gesetzgebung nur in einigen Nebenfragen ein Eingreifen. Ausdrücklich wird aber, wie schon in einem früheren Aufsatz erwähnt, gefordert, daß die Eingewanderten den Einheimischen rechtlich gleichgestellt werden.

Es ist kein Geheimnis verraten, wenn hier und heute gesagt wird, daß die Stuttgarter Resolution nicht ungegliedert Beifall in allen Kreisen der deutschen Gewerkschaften gefunden hat. Die Meinung war schon damals nicht selten zu hören, daß es eigentlich notwendig sei, die gewerkschaftlichen Erfolge des einen Landes auch gesetzlich zu schützen gegen die Schmutzkonkurrenz der Einwanderer aus wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebenen Ländern. Jedoch ließ der Hinweis auf die Pflicht internationaler Solidarität solche Meinungen meist schnell verstummen.

Damit ist der Punkt berührt, an dem der Krieg die freiere und freimütigere Erörterung des Problems eröffnet hat. Die Ergebnisse seit Ausbruch des Krieges haben gezeigt, daß die internationale Solidarität engere Grenzen hat, als früher allgemein angenommen wurde. Der Schlussatz des „Kommunistischen Manifests“ gilt nicht mehr absolut. Die Auseinandersetzungen über Fragen, bei denen sich die Interessen der Arbeiterschaft eines Landes nicht voll decken mit den Interessen des Proletariats schlechthin, werden zwangsläufig geführt, Schluß daraus rücksichtsloser gezogen.

So geht es auch mit der Frage der Einwanderung ausländischer Arbeiter. Der Krieg hat nicht etwa diese Frage neu aufgerollt oder auch nur sie besonders dränglich gemacht. Im Gegenteil, er hat sie bis zu einem gewissen Grade, wenn auch nur für den Augenblick, gelöst. Einmal durch die Zurückführung zahlreicher Ausländer in ihre Heimat, dann auch durch die allgemeine Entsiegelung des Arbeitsmarktes, die den Ausländer der Lohnrückenden Schmutzkonkurrenz enthebt. Auch die schädigende Wirkung bei Lohnkämpfen ist weggefallen, weil solche nicht geführt werden. Ob aber noch dem Kriege die Einwanderung besonders drängende Wirkungen haben wird, ist heute noch eine ganz unentchiedene Frage. Die gegenwärtige Auseinandersetzung hat also nicht eingesetzt, weil etwa der Krieg die Wirkungen der Einwanderung besonders fühlbar gemacht hätte, sondern nur, weil gewisse Hemmungen weggefallen sind, die früher einer offenen Meinungsäußerung hinderlich waren. Die Grundlagen der Auseinandersetzung liegen in der Vergangenheit, nicht in der Gegenwart.

Vielleicht spricht hier und da noch eine andre Erwägung mit. In weiteren Kreisen der Gewerkschaften ist das Vertrauen zur Regierung gestiegen. Man hofft, daß nach diesem Kriege die Gesetzgebung mehr Rücksicht auf die Wünsche und Forderungen der Arbeiter nehmen, die Interessen der Kapitalisten nicht immer voranzustellen wird. Ist aber der gute Wille bei der Regierung vorhanden, so wird es auch möglich sein, die Frage der Einwanderung gesetzlich so zu regeln, daß dabei der Arbeiterschaft in erster Linie gedient ist. Der Krieg hält dann nicht nur die Hemmungen beseitigt, die einer rücksichtslosen Erörterung der Frage im Wege standen, sondern auch die Vorbedingungen geschaffen, die eine den Arbeiterschaften stehende Regelung ermöglichen.

Die beiden hier angedeuteten Grundlagen der Auseinandersetzung sind allerdings mehr subjektiv als objektiv, mehr im Betrieb als im Sein vorhanden. Oder, um es groß auszudrücken: Sie sind mehr eingebildet als wirklich. Sowohl über die Grenzen der internationalen Solidarität wie über das Maß von Vertrauen, das die Regierung verdient, gehen die Meinungen weit auseinander. Ebenso weit infolgedessen die Ansichten und Vorschläge zur Frage der Einwanderung. Wenn man sein Urteil auf Erfahrungen führen dürfte, müßte man in Deutschland von einer gesetzlichen Regelung abraten, weil sie doch nur im Interesse der Unternehmer, nicht im

Interesse der deutschen Arbeiterschaft, noch weniger aber im Interesse der einwandernden Arbeiter erfolgen würde.

Die Ausenthaltsbeschränkung sowohl wie die Ausweisungsbefugnis, und nicht zuletzt der Legitimationszwang für ausländische Arbeiter waren Maßnahmen, die nicht dazu ermuntern, von der deutschen Regierung Berücksichtigung der Arbeiterschaft zu erwarten. Zwischen der Vergangenheit und der Zukunft liegt jedoch die Gegenwart, liegt der Weltkrieg mit seinen auf so vielen Gebieten revolutionierenden Wirkungen. Es ist nicht unmöglich, ja nicht einmal unwahrscheinlich, daß die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nach dem Kriege die Regierung und die Regierungsparteien zwingen, bei gesetzgeberischen Akten die Interessen der breiten Volksmassen mehr zu beachten, als das früher der Fall gewesen ist. Man darf also auch bei der Forderung nach einer gesetzlichen Regelung des Einwanderungswesens von der Voraussetzung ausgehen, daß dabei den Wünschen, Vorschlägen und Forderungen der Arbeiter Rechnung getragen wird. Deshalb ist es auch unangebracht, die Forderung nach einer solchen Regelung ohne weiteres als reaktionär und utopisch zu verscheinen, wie das in dem früher angezogenen Aufsatz des Schweizer Gewerkschaftsblattes geschieht, und wie das auch in deutschen Arbeiterblättern schon geschehen ist.

Auch der Einwand, daß eine solche Forderung gegen die Pflicht der internationalen Solidarität verstößt, ist nicht absolut durchschlagend. Es läßt sich sehr wohl eine Auskunft bzw. Einwanderungsgesetzgebung nicht nur denken, sondern auch schaffen, die nicht nur die einheimischen, sondern auch die einwandernden Arbeiter schützt. Allerdings dürfen das nicht einfach Sperrvorrichtungen sein, sondern es müssen Bestimmungen getroffen werden, die gleicherweise die Arbeitsbedingungen der einheimischen Arbeiter gegen die etwaige Schmutzkonkurrenz der Ausländer, wie diese Ausländer gegen die Ausbeutungsgesetze der einheimischen Unternehmer schützen. Die schon mehrfach erwähnte Resolution des Stuttgarter Kongresses enthält schon Vorschläge in dieser Richtung, die allerdings ergänzt und erweitert werden müssen.

Die leitenden Gesichtspunkte, unter denen das geschehen müßte, hat kürzlich das „Korrespondenzblatt“ in einer Polemik gegen die „Metallarbeiterzeitung“ berührt. Es heißt da: „Weshalb sollten die internationalen Gewerkschaftsbeziehungen hinterlich sein für die Aufführung der Forderung, daß ausländische Arbeiter beispielweise unbedingt Anspruch auf die tarifvertragliche Lohn- und Arbeitsbedingungen haben müssen, daß sie also nicht als Lohndrücker eingeschleppt werden dürfen? Oder wird vielleicht das internationale Zusammenwirken abgeschwächt, wenn wir die Sicherstellung des Arbeiterschutzes, der Sozialversicherung usw. auch für ausländische Arbeiter verlangen?“

Es wird dann weiter ausgeführt, daß auch im Interesse des Unfallschutzes sowie zur Verhütung der Einschleppung gewisser Berufskrankheiten gesetzliche Bestimmungen erforderlich seien, daß überhaupt der inhalt der Arbeiterschutz das Ziel solcher Bestimmungen sein müsse und daß darauf hinzielende Forderungen nicht gegen die Interessen der einwandernden Arbeiter verstossen. Eine Auffassung, die wir durchaus teilen.

Es besteht also kein Grund, die Forderungen und Vorschläge zur gesetzlichen Regelung des Einwanderungswesens von vorherigem Abzuweisen. Vielmehr wäre es durchaus zu begrüßen, wenn es gelänge, die Gesetzgebung auf diesem Gebiet in Fluss zu bringen und sie gleichzeitig in eine Richtung zu drängen, die den Interessen der gesamten Arbeiterschaft dienlich und nützlich ist.

### Zeugnisse für die Gewerkschaften.

Den Unternehmern und ihren Organen liegt es schwer im Magen, daß die Vertreter der Arbeiter im Reichstag es erreicht haben, daß bei der Schaffung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst die Interessen der Arbeiterschaft mit berücksichtigt worden sind. Gewiß nicht in dem Umfang, in dem wir es für erwünscht und notwendig halten, aber doch weit mehr, als das bei früheren Gelegenheiten der Fall war. Das macht natürlich jene Kreise, die in der Arbeiterschaft nur Objekte der Gesetzgebung sehen, denen ein Einfluß auf die Gestaltung der Gesetze nicht eingeräumt werden darf.

Selbstverständlich haben sie versucht, rechtzeitig zu bremsen. Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie hat noch kurz vor der endgültigen Erledigung des Gesetzes in einer sogenannten Entschließung (zu deutsch: Resolution) die eindringliche Erwiderung ausgesprochen, daß „die Aufnahme von Einzelbestimmungen unterbleibt, welche die Lebensfähigkeit der industriellen Betriebe gefährden und uns in Zustände hineinführen würde, wie sie England, um die Arbeitsfähigkeit seiner Kriegsindustrie herzustellen, erst hat befehligen müssen“. Der dunklen Rede Sinn wird klarer ausgeführt in einer die Entschließung begleitenden Eingabe derselben Körperschaft an den Reichstag. Darin heißt es:

„... die Industrie vermögt sich aber nicht der schweren Sorge zu erwehren, daß die sozialpolitische Belastung, welche ohne

entschiedenen Einprägung von Seiten der Reichsregierung nach dem bisherigen Verlaufe der parlamentarischen Verhandlungen diesem Gesetz bevorstehen dürfte, die weittragendsten und verhängnisvollsten Folgen für die Leistungsfähigkeit unserer Industrie und damit für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und der finanziellen Kraft des Reiches nach dem Kriege nach sich ziehen würden, Folgen, welche in dieser Weise in der verhältnismäßigsten Gestaltung der wirtschaftlichen Lage unter handelnden Bevölkerung sich festzuhalten werden und damit verbundene schwere Gefahren herauftreten könnten. Deshalb der Hinweis am Schluß der Entschließung auf die Entwicklung der Verhältnisse in England, eine Entwicklung, welche das bedarf leiner Darlegung, bei uns sich wiederholend verhältnis auf einer wirtschaftlichen Wiedererholung wirken möchte und damit, wie auch sonst der Krieg aussehen möchte, England das endgültige Übergewicht in eindrückendem Maße in die Hände spielen würde.

Eure Exzellenz wollen darum im Interesse des bemühtesten Wiedererholung unsres deutschen Wirtschaftslebens sich entschließen, das ist die dringende Bitte der deutschen Industrie, dem über das Maß des Notwendigen weit hinausgehenden Verlangen der Gewerkschaften und ihrer politischen Freunde nach sozialpolitischen Sicherungen ein entschiedenes „Unannehmbar“ entgegenzustellen und diese Sicherungen auf den Rahmen durchzuführen, der durch die Kriegsergebnisse geboten erscheint und deutlich erkennen läßt, daß es sich um Ausnahmefälle, veranlaßt durch die Kriegsschäde, handelt; das bedeutet die Befestigung der obligatorischen ständigen Arbeiterausschüsse aus den im Hauptausschuß des Reichstags vereinbarten Fassung und die Durchführung der sogenannten Schlichtungsstellen auf einfache militärische Beschwerdeinstanzen unter Zugabe von je einem Arbeitgeber und einem wirklichem Arbeitnehmer.“

Der angstvolle Wunsch hat die von den Unternehmern daran geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt. Ganz ist er nicht ungehört verhallt, wie besonders das Verhalten der Rechten und des Staatssekretärs Helfferich im Reichstag gezeigt hat, aber er hat doch nicht hindern können, daß die sozialpolitischen Sicherungen, die in der Kommission beschlossen wurden, im Plenum bestätigt, ja in einzelnen Punkten noch erweitert wurden. Insbesondere sind die in der Eingabe des Kriegsausschusses besonders genannten Arbeiterausschüsse nicht nur beibehalten, sondern noch ausgedehnt worden. Während sie nach den Kommissionsbeschlüssen nur obligatorisch waren in Betrieben mit 100 und mehr Arbeitern, sind sie es jetzt schon in solchen mit 50 Arbeitern.

Die Grenze hat also in dieser Falle einmal durchaus verjagt. Das Gesetz hat gewiß nicht alle erforderlichen, aber doch einige der allernotwendigsten Sicherungen erhalten. Man versteht den Schmerz, der in folgenden Zeilen der „Sächsischen Zeitung“ zum Ausdruck kommt:

Das Gesetz ist gewissermaßen zu einem sozialpolitischen Versuchsorten dient gemacht worden. Alles, was die Arbeiterverbände im freien Arbeitsvertrag erstrebt, aber noch nicht erreicht haben, das haben sie hier, was es mit dem Staat als Arbeitvermittler zu tun haben, zugestellt bekommen, was das, was zur Verbesserung des Arbeiterschlags und damit allerdings auch als Befestigung der Frömmigkeit in das Gesetz hineingezeichnet worden war, ist zum Teal wieder daraus entfernt worden. Daß das Gesetz in erster Linie die Erfüllung einer wortähnlichen Pflicht verlangt, das ist in der Eingabe darüber hinausgegangen, hinter dem Bestreben, die Interessen der Arbeiter zu wahren und eine Verbesserung ihrer Stellung zu verhüten. Wir gedenken den Arbeitersorganisationen ihren Triumph von Herzen; aber wir glauben nicht, daß die Verurteilung dieses Gesetzes die nächste Gelegenheit war, solche Tatenpflicht zu begehen und zu erringen.

Es ist gewiß nicht wohl, daß die Arbeitersverbände alles erreicht haben, aber es ist durchaus wahr, daß die sozialpolitische Ausgestaltung des Gesetzes ein Erfolg der Tätigkeit der Arbeitersorganisationen ist und daß man infolge von einem Triumph der Arbeitersorganisationen sprechen darf. Ohne die Frömmigkeit und Tätigkeit dieser Organisationen wäre das Gesetz ohne jähre Sicherungen, also in einer die Arbeiter weit mehr gefährdenden Form, angenommen worden. Die Tätigkeit der Arbeitersorganisationen und der Arbeitervorsteher hat die gesamte Arbeiterschaft vor schweren Nachteilen bewahrt. Das stellt selbstverständlich in wenig arbeitsmarktfähiges Blatt wie die „Leibziger Neuesten Nachrichten“ fest. Dieses Blatt verzweigt auf die völlige Umwidmung des Regierungszentrums, besonders auch die Steigerung der Belegschaft von 1 auf 18, und bemerkt dazu: „Denk dem unverträglichen Geschäft, womit die Vertreter der Arbeiterschaft vorgegangen sind, kommen diejenigen die zahlreichen Jahre fast ausdrücklich zugute.“ Noch eine Aufzeichnung der „Sächsischen Zeitung“ schreibt das Blatt: „All diese Erfolge bekräftigen zugunsten der Arbeiter und auf Anregung der Gewerkschaften, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, in das Gesetz gebracht worden.“

Solche Zeugnisse liegen klarer. Sie zeigen mit unanfechtbarer Sicherheit, daß die Organisationen der Arbeiter auch in der Zeit des Krieges, ja ganz besonders und in dieser Zeit, braven und tapfenden sind, die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren. Das ist besonders bei mir angeführt der Tatsache, daß zunächst eine sozialdemokratische Begeisterung der Braunschweiger „Volksfreunde“ den platten Bericht der Zeitungsfreien unterschreibt, die Gewerkschaften nun ebenfalls dieses Joches einfach zu schließen durch eine Erlassung, doch für die Partei des Krieges die Stärke und Pflichten aller Mitglieder rügt, nach Kriegsende aber wieder aufzutreten. Derart sozialistische Lager gewiß außerordentlich richtig und moralisch jeder Art, insoweit es es nicht überzeugt, im Vorbeigehen zu sagen, zu welchen Rücksichten es führt, wenn Menschen ihre Gewerkschaften zu Tode rütteln, vor denen sie nicht den Schamlosen einen Ahnungslosen sein.

Die Zeit des Kriegs hat gezeigt die Tätigkeit der Gewerkschaften darf bestens sein. Sie hat ihnen Arbeitgebiete genommen oder entzogen, sie hat ihnen aber auch jähre neu eröffneten. Und die wichtigste Sache und wortähnlich zeigen, daß die Organisationen der Arbeiter in der kurzen Zeit des Krieges so notwendig sind wie nie und je waren. Mehr als in vergangener früherer Zeit sind die Gewerkschaften jetzt organisiert auf eine zuverlässige Seite Vertretung ihrer Interessen, auf die gewisse Verteilung ihrer Belohnungen, Löhne und Fortbewegungen. Im Domäne des Weltkrieges verhindert die Gewerkschaften das einzige — zur Kosten können sie noch besserer machen. Deshalb müssen die Arbeiter ihre Gewerkschaften nicht nur unterstützen, sondern sie immer höher erachten und weniger eifrig für sie werben. Nur fortwährende oder fortwährende Gewerkschaften die Schaffensfähigkeit der Gewerkschaften fördern — nur der Arbeitervorsteher weiß will, nach je erachtet, jetzt jeder geübten betätigten Organisationen zu freien als je zuvor.

## Newjahrsgruß.

Wieviel, wie eifrig sie doch rünnen,  
Jahr und Tag und Tag und Jahr.  
Ihr da draußen, ihr hier drinnen,  
Werdet ihr es recht gewahrt?

Flüchtige Minuten schwelen  
Und vorbei in leichtem Schritt;  
Und es nimmt von unsfern Leben  
Jede sich ein Leichchen mit.

Diese gibt dir Schlag und Wunde,  
Eine spendet Luft und Brot;  
Eine rasende Sekunde  
Sendet tausend in den Tod.

Überfüllt schwant Charons Nachen  
Auf dem trüben Uferon;  
Andere aber ziehn mit Lachen  
Dem Gewalter hein davon.

Läßt uns auch die Toten grüßen  
Mit des Jahres erstem Kläng.  
Alle, die in hartem Büßen  
Eine wilde Zeit verschlang.

Die da hämmerten die Stufen,  
Bis ein Tag die Kraft zerschlug,  
Die mit stummen Lippen ruf:  
Böller! ... Jahr! ... Es ist genug!

Frieden, Frieden sollst du spenden,  
Alle Welt ist froh bereit,  
Um in dir, in dir zu werden,  
Neues Jahr, den Geist der Zeit!

Fährst du hin auf kleinen Achsen,  
Häufst du eifrig Tag auf Tag,  
Läßt die Macht der Freiheit wachsen,  
Die so lang gebunden lag.

Bürde ab der Böller Plage;  
Streich aus das Schmähwort knecht;  
Deine letzte Stunde sage:  
Heilsam war ich und gerecht!

Ihr da draußen, ihr hier drinnen:  
Jahr beginnt und Jahr vertritt.  
Wenn wir treu vereint sind,  
Wollen wir es schon gewinnen.

wenden, um sich durch hassernde andre Bedrohung einen Nebenverdienst zu schaffen, um sie jetzt so außerordentlich gesteigerten Kosten des Lebensunterhaltes leichter befreien zu können.“

Oben dieser Zeitbader mit 6000 Mark Jahresentnahmen mag nicht in der Lage war, seine Familie behauptend auf vier Berliner zu ernähren, wie schwierig auch es da erst für die Papierarbeiter sein, mit ihren Familien „durchzuholzen“ bei einem Jahresdurchschnittsgehalt von 994 Mark für einen männlichen Vollarbeiter und 1098 Mark für einen männlichen Vollarbeiter im Jahre 1915. Eine wesentliche Steigerung haben die Arbeiterränge auch im Jahre 1916 nicht erfahren. Die Bedürfnislosigkeit der Papierarbeiter war schon vor dem Kriege fast sprichwörtlich geworden, so daß selbst spätere Unternehmervertreter auf sie Bezug nahmen. Dr. Schäfer, der ehemalige wissenschaftliche Beirat des Vereins Deutscher Papierfabrikanten, schrieb schon in seinem Buche: „Die wissenschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung in der Papierfabrikation“ im Jahre 1909 über die Entlohnung der Papierarbeiter: „Wenn man die Unfallberichte mit den Angaben des Jahreseinkommens durchliest, so muß dabei noch ein Punkt auffallen, der für die relativ geringe Höhe des in den Papierfabriken gezahlten Lohnes spricht. Wo es sich zum Beispiel um außerhalb der Papierindustrie ausgebildete Facharbeiter handelt, welche in den Fabriken beschäftigt werden, seien es Schlosser, Maurer, Zimmerleute oder Bergleute, überall findet man eine von den übrigen Biffern abweichende, sogar auffallende Angabe höherer Löhne. Diese Arbeiter, welche aus den großen Kreisen dieser Berufe überstiegen, bringen ihre gewohnten Forderungen mit und arbeiten nur unter den entsprechenden Bedingungen, welche im Gewerbe außerhalb der Papierindustrie maßgebend sind.“ Diese Worte des ehemaligen Unternehmerverbandsleiters Schäfer bestehen auch heute noch volle Geltung. Seit 1909 ist der Jahresdurchschnittslohn eines Vollarbeiters der Papiermacherberufsgenossenschaft bis zum Jahre 1915 von 887 Mark auf 994 Mark gestiegen. In sieben Jahren hat sich der Durchschnittslohn eines Papierarbeiters um nur 127 Mark oder um 14,65 Prozent erhöht. Aber selbst diese geringfügige Erhöhung der Jahresdurchschnittslohn ist nur auf die unermüdliche Tätigkeit des Fabrikarbeiterverbandes für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Papierarbeiter zurückzuführen. Diese minimale Lohnsteigerung ist aber längst mehr als ausgeglichen durch die eingetretene Verleuerung der Lebensmittel. Mit ruhigem Gewissen kann behauptet werden, daß die Lebenshaltung der Papierarbeiter während der Kriegszeit, und besonders im letzten Jahre, eine entschieden schlechter war als je zuvor. Die Kaufkraft des Geldes ist derartig gesunken, daß sie selbst durch eine Verdopplung der Löhne nicht voll ausgeglichen werden könnte. Eine so ausgiebige Erhöhung ihrer Löhne haben die Papierarbeiter leider nicht erreichen können. Freiwillig haben die Unternehmer der Papierindustrie keinen Lohnausgleich herbeigeführt, einen solchen zu fordern, dazu waren viele Papierarbeiter zu ängstlich, ihn durchzuführen, waren sie zu schwach. Immerhin ist es dem organisierten Teil der Papierarbeiter gelungen, mit Hilfe ihrer Berufsorganisation Lohn erhöhungen oder Leistungszulagen durchzudringen, die wenigstens einem Lohnausgleiche für die verteuerte Lebenshaltung ähnlich sehen. Die Unorganisierten aber, die den Mut nicht besaßen, um dem Unternehmerum ihre Forderungen zu unterbreiten, die hatten noch immer die Faust in der Tasche, die schimpfen noch immer über die hohen Lebensmittelpreise, über die Ausflugsergänzungspakete der Engländer und über die wahren und mutmaßlichen Ursachen der Leitung, sie schimpfen und schimpfen, aber — sie fordern nichts und nagen emsig weiter am Hungertuch.

Zu Gegenzug zu den Papierarbeitern haben die Papierfabrikanten ihren Abnehmern Lohnforderungen in der Form von Preiserhöhungen gestellt, bis zu 300 Prozent und darüber. Sie haben Lohnforderungen im alten Jahre gestellt, und sie werden damit im neuen Jahre nicht hinter dem Verge halten. Lieber haben sie die viel gerühte Arbeitsgemeinschaft mit den Fabrikanten der Papierverarbeitungsindustrie im „Kriegsausschuß für das deutsche Papierfach“ in die Brüche gehen lassen, als ihre Forderungen zurückzustellen. Mit Hochdruck haben die Papierindustriellen im alten Jahre für den organisatorischen Zusammenschluß ihrer Berufskollegen in Interessengemeinschaft gearbeitet, sie werden diese Agitationsarbeit auch im neuen Jahre fortführen. Und sie haben nicht umsonst gearbeitet. Preislandkarten für die einzelnen Papierarten sind gegründet worden, der Verein Deutscher Papierfabrikanten hat seine Mitgliedszahl wesentlich vermehrt, die Spinnpapierfabrikanten haben sich zu einem Syndikat in der Form einer G. m. b. H. zusammen geschlossen, ihnen sind die Papiergarnspinnereien und -webereien gefolgt mit der „Vereinigte Textilwerke, G. m. b. H.“, in Berlin, in der die bedeutendsten Papiergarnfabrikanten, von Emil Gläbke bis Wilhelm Hartmann, vertreten sind. Sogar die Gegner des Druckpapierhändels haben sich zu einer Vereinigung ringfreier Druckpapierfabriken zusammen geschlossen.

Der Erfolg dieser Organisationsarbeit macht sich bereits in den Geschäftsergebnissen der Kartengesellschaften durch Steigerungen der Gewinnzinsen und der Dividenden bemerkbar. Diese organisatorischen und wirtschaftlichen Erfolge sollten der Papierarbeiterchaft zu dienen scheinen. Je mehr die Papierindustriellen ihre wirtschaftlichen Organisationen zu Machtkräften gestalten, desto weniger werden die Papierarbeiter sein, wenn es ihnen nicht gelingt, dem Unternehmerum ebenbürtige Organisationen gegenüber zu stellen. Noch ist es Zeit, die Organisation der Papierarbeiterchaft, den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, durch Werbung neuer Mitglieder zu stärken. Dazu bedarf es aber im neuen Jahre der eifrigsten Mitarbeit aller Kolleginnen und Kollegen. Eifriger denn je muß die Gewinnung der Arbeitertinnen für den Verband betrieben werden. Städtischlos beschäftigen viele Unternehmer die Frauen an den gefährlichen Maschinen, sie müssen ihre männlichen Kollegen voll und ganz ersetzen. Da ist es nicht mehr als recht und billig, daß die Frauenarbeit mit der Männerarbeit auch in der Vergleichung auf gleiche Stufe gestellt wird. Daraus sind nicht nur die Arbeitertinnen, sondern auch die Arbeiter stark interessiert, damit die Frau nicht zur Sohnträgerin des Mannes wird. Das sind unsere Kolleginnen und Kollegen aber auch ihnen auf den Schlachtfeldern kämpfenden Arbeitersöhnen schuldig, die von der in der Heimat gebliebenen Arbeiterschaft verlangen, daß sie das auf wirtschaftlichem Gebiete in Jahrzehntelanger Arbeit Errungene hochhält und weiter ausbaue, damit sie nach ihrer Rückkehr in die Heimat die gewirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter stark und kräftig vorhanden; bereit zur weiteren Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und geholt zur Abwehr aller kommenden Angriffe auf wirtschaftlichem Gebiete.

## Haus der Industrie

### Am Ende des Jahres.

Auf die Arbeiterschaft mit dieser Krieg mit seinen Folgen und Begleiterscheinungen verheerender als auf jede andre Gesellschaftsschicht. Schon in Friedenszeiten ist es der Arbeiterschaft nicht möglich, mit ihrem geringen Einkommen für eine ausreichende Existenz ihrer Familien zu sorgen; noch weniger ist die Arbeiterschaft während der Kriegszeit dazu in der Lage, wo der Bürger auf allen Wirtschaftsgebieten die tollsten Blüten treibt. Sie schlägt die wirtschaftliche Lage der einzelnen Berufe schon vor dem Kriege vor, um so schwerer haben sie unter den Folgen des Krieges zu leiden. Das spüren auch die Arbeiter der Papierindustrie am eigenen Leibe, die schon zu Friedenszeiten mit zu dem am schlechtesten entlohnten Arbeitern gehörten.

Ruft nur die Papierarbeiter Flug über die ungereichende Entlohnung, die ihnen trotz schwerer Arbeit und langer Arbeitszeit von den Unternehmen gewährt wird, sonst Direktoren und Vorstandsmitglieder von Kartengesellschaften gehen mit Rostbandsäcken an die Daseinsfähigkeit. In einer Zuschrift an die „Papierzeitung“ im November 1916 befand das Vorstandsmitglied einer Papierfabrik-Kartengesellschaft u. a. folgendes:

„So habe beispielweise ich in Anbetracht der Ungewissheit der Kriegslage und -war, sowie der derzeitigen schlechten Lage der Papierindustrie mich dahin verständigt, daß ich auf etwa die Hälfte des jährlichen Einkommens verzichtet habe, ganz wie auch eine prinzipielle Entscheidung seitens eines Gerichts nicht bekannt war. Außer dem Gehalt habe ich auch freie Wohnung usw., die mir verblieben ist.“

Heute jedoch ist für mich die Schlage wesentlich anders: der Krieg erstreckt sich nun schon über fast 2½ Jahre, wodurch ich 1½ als Landsturmbeamter verbracht habe, die Lebensverhältnisse haben sich in ungeahntem Maße verändert, so daß die Hälfte des Einkommens eine Lebensführung der Familie statt eingesparten gestellt, und die wirtschaftliche Lage der Papierfabriken hat sich nicht unbedeutend geändert. Ich beschäftige daher, an meinen Aufgaben zu bearbeiten, den Einkommensabfall während der Kriegszeit für meine Familie entsprechend hinzugetragen.“

Trotzdem dieser Papierhövdirektor während der Kriegszeit außer der freien Wohnung „nur“ die Hälfte seines Gehalts bezieht, steht er sich noch entschieden besser als ein gewöhnlicher Sterblicher aus der Papierindustrie, da die Gehälter der Direktoren den fünf- und sechs mal höheren Wert des Jahresarbeitsdienstes eines Papierarbeiters beziehen. Der Papierhövdirektor istbrigens nicht allein aus den Kreisen der Beamten-Aristokratie, der über die Verantwortung der Arbeiterschaft liegt. Bereits zu Anfang des Jahres 1918 ließ der Teilhaber eines kleinen Fabrikbetriebes (in Nr. 9 der „Papierzeitung“), daß er mit seinem Jahresentnahmen von „Rückgängigweise“ 5000 Mark nicht mehr leben kann, daß die durch die außerordentlich schwierigen Kriegsverhältnisse geöffneten Möglichkeiten ihm zum Sohnträger seines bestergestellten Teilhabers machen“, und wenn er die Arbeit seines Teilhabers nicht mit zu verlieren hätte, würde er keine freie Zeit dazu ver-

**Unfälle und Unfallverhütung in der Zuckerrindustrie.**  
Der Rückgang der Unfallhäufigkeit kommt auch zum Ausdruck im Bericht der Berufsgenossenschaft der Zuckerindustrie für das Jahr 1915. Die Zahl der in einer vollen Betriebswoche (Kampagnewoche) beschäftigten Arbeiter sank von 85 298 im Jahre 1914 auf 72 214 im Jahre 1915. Die Zahl der verunsicherungsfähigen Betriebe blieb allerdings gleich; sie betrug in beiden Jahren 375.

Die Zahl der Unfälle ist, entsprechend der verminderter Arbeiterzahl, zurückgegangen. Im Jahre 1914 wurden 2525, im Jahre 1915 noch 1942 Unfälle gemeldet. Als entlastungspflichtig wurden 438 Unfälle anerkannt. Gegen 438 im Jahre zuvor. Hier ist die Differenz trotz der verminderten Arbeiterzahl nur sehr gering. Da eine Abmilderung in der Bewertung der Unfälle kaum eingetreten sein dürfte, darf man annehmen, daß die Zahl der folgen schweren Unfälle verhältnismäßig gestiegen ist.

Für diese Annahme spricht die bedauerliche Tatsache, daß die Zahl der tödlichen Fälle nicht nur im Verhältnis zur Arbeiterzahl, sondern auch absolut gegen das Vorjahr erheblich gestiegen ist. Während 1914 insgesamt 41 Todesfälle als Unfallfolge anerkannt wurden, waren es im Berichtsjahr 65, also etwa die Hälfte mehr. Angemeldet waren als Unfallfolgen sogar 78 Todesfälle. Die starke Steigerung der Todesfälle wird im Bericht der Berufsgenossenschaft zurückgeführt darauf, daß „ein großer Teil derständigen Kampagnearbeiter Kriegsdienst leisten muß und für ihn nur unangefüllter Erholung zu haben war.“

Diese Erklärung dürfte insofern stimmen, als sie die Häufung der tödlichen Unfälle zurückführt auf die vermehrte Beschäftigung unausgebildeter Arbeiter. Es wäre sehr dankenswert gewesen, wenn die Berufsgenossenschaft wenigstens den Versuch unternommen hätte, ihrer Vermutung nachzugehen und über Alter, Geschlecht, Bildung und Arbeitsdauer im Betriebe Angaben zusammenzustellen. Leider hat sie nichts Verartiges getan. Das statistische Material des Berichts ist ausnehmend düftig.

Eine andre Frage ist es, ob das Fehlen eingerichteter Arbeiter wirklich nur eine Folge der Einschätzungen zum Kriegsdienst gewesen ist, und ob wirklich nur unausgebildete Ersatzkräfte „zu haben“ waren. Wir gestatten uns, beides zu bezweifeln. Tatsächlich ist den Zuckerfabrikanten ein erheblicher Teil der eingerichteten Kampagnearbeiter nur deshalb ferngeblieben, weil die sozialen und Arbeitsbedingungen in andern Industriezweigen unter dem Einfluß des Krieges sich wesentlich gebessert haben, während die Zuckerfabrikanten sich einschließen, sie könnten trotz der enormen Teuerung immer noch mit ihren dürftigen Friedenslöhnen die Arbeiter abspiesen. Das gelang nicht, und deshalb griffen die Fabriken auf „unausgebildete“ Arbeitskräfte, vornehmlich auf Arbeitnehmerinnen und jugendliche Arbeiter, zurück.

In dem Bericht der Berufsgenossenschaft wird nichts davon erwähnt, ob in den Unfallsäulen die Unfälle, die Kriegsgefangene erlitten haben, die in den Betrieben beschäftigt waren, mitgezählt sind. Wahrscheinlich ist das nicht der Fall. Dann wäre es aber erforderlich, darüber gesonderte Angaben zu machen.

Den Betriebsverhältnissen in der Zuckerindustrie entsprechend verteilen sich die Unfälle nicht gleichmäßig auf die einzelnen Monate des Jahres. April und Mai wurden je 97 gemeldet, im Juni 103, im Juli 108, im August 102, im September 130. Dann beginnen die Kampagnemonate mit höheren Unfallzahlen. Im Oktober wurden schon 245, im November gar 293 Unfälle gemeldet. Der Dezember zeigt mit 250 schon wieder einen Rückgang, der Januar brachte noch 226, der Februar 149 und der März 144 Unfallmeldungen.

Auch auf die einzelnen Betriebe verteilen sich die Unfallmeldungen sehr ungleichmäßig. Nur 48 von 375 Betrieben melbten keinen Unfall an; 284 melbten 1 bis 5 Unfälle, 54

melbten 6 bis 10, weitere 88 zwischen 11 bis 80, die übrigen mehr als 80, davon zwei über 80 Unfälle. Angenommene Schlußfolgerung: die Unfallhäufigkeit in den Fabriken läßt sich aus diesen Zahlen nicht ziehen, weil die Unfallhäufigkeit zunächst abhängt von der Größe der Fabrik bzw. der darin beschäftigten Arbeiterzahl, darüber jedoch Angaben nicht gemacht sind.

Bemerkenswert sind noch einige Gesamtzahlen. Von 1885, also seit Beginn der Berufsgenossenschaft, bis zum 31. Dezember 1915 sind ihr 73 628 Unfälle gemeldet worden. Am 1. Januar 1916 erhielten insgesamt 4698 Personen Renten; davon waren 3524 Renten, 710 Witwen, 441 Kinder und 23 Verwundete der aufsteigenden Rente (Eltern usw.). Im Jahre 1915 erhielten 4601 Personen zusammen 908 250,45 Mt. an Entschädigungen bzw. Rente für erlittene Unfälle.

Über die Ursachen der Unfälle im Jahre 1915 erfahren wir aus dem Bericht, daß die größte Zahl, nämlich 116 von 433, sich ereignete an Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen. Die nächstgekennzeichnete Zahl (90) wird verzeichnet unter den Rubrik „Fall von Lettern, Treppen, aus Bufen usw.“ Weitere 55 Unfälle ergeben sich beim Eisenbahnbetrieb, 46 infolge Zusammenstoßes, Sturz oder Herabfallen von Gegenständen, und 29 Unfälle wurden verursacht durch feuergefährliche, heiße und scharfe Stoffe.

Von den Unfallsfolgen wurde einleitend schon gesagt, daß sie durchschnittlich schwer sind. Von 433 Verletzten, für die eine Entschädigungsplikti anerkannt wurde, blieben 272 dauernd teilweise und 82 dauernd völlig erwerbsunfähig. Dass 65 getötet wurden, ist oben schon mitgeteilt worden. Völlig erwerbsfähig wurden von den 433 nur 64. Dabei ist allerdings zu beachten, daß diejenigen Verletzten, bei denen die Unfallfolgen innerhalb 18 Monaten beseitigt werden konnten, hier nicht mitgezählt sind, weil sie eine Entschädigung von der Berufsgenossenschaft nicht erhalten. Zumindest ist der Bruchteil der dauernd in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkten Verletzten ganz ungemein hoch.

Die Maßnahmen zur Unfallverhütung scheinen bei der Zuckerindustrie weiter sehr zahlreich, noch einschneidend zu sein. Die Kontrolle der Betriebe läßt zu wünschen übrig. Der einzige ständige technische Aufsichtsbeamte ist eingezogen, Erfolg dafür ist nicht beschafft worden. Die Kontrolle ist vielmehr von zwei nicht ständigen Aufsichtsbeamten ausgeführt worden. Über den Erfolg derselben wird im Jahresbericht nichts mitgeteilt. Es soll darüber jedoch ein spezieller Bericht herausgegeben werden. Sobald er uns vorliegt, kommen wir darauf zurück.

### Zur Wiedereinstellung Kriegsbeschädigter in der Zementindustrie.

Es ist an dieser Stelle schon wiederholt ausgeführt worden, daß die Unterbringung der Kriegsbeschädigten in der Industrie nach dem Kriege auf viele und erhebliche Schwierigkeiten stößt. Die Unternehmer werden das erklärliche Bestreben haben, Kriegsbeschädigte nur insofern und nur zu solchen Bedingungen zu beschäftigen, die das Produktionskonto mindestens nicht höher belasten als die Beschäftigung gefundener Arbeiter. Man hat dafür die auslegungsfähige Formel gefunden, daß die Entlohnung „nach der Leistung“ bemessen werden soll, wobei als festschreibende Voraussetzung gilt, daß der Unternehmer das Maß dieser Leistung bestimmt.

Solang der Krieg dauert, werden die Anstände, die sich daraus ergeben, nicht allzu zahlreich sein. Die meisten Unternehmer scheuen es ganz naturnah, noch während des Krieges den Verletzten Anlaß zu begründeter Klagen zu geben und die Oberschärflichkeit, vielleicht gar die Behörden, gegen sich aufzutreten. Diese Hemmungen fallen nicht sofort mit dem Kriege weg, aber ihre Wirkung wird dann von Tag zu Tag geringer. In die Stelle der gefühlsmäßigen Wägung und Wertung wird die kalt rechnerische treten. Heute fragt man noch: wieviel deiner Gesundheit hast du für das Vaterland geopfert? — dann wird man zunächst fragen: wieviel deiner Arbeitskraft hast du für den Unternehmer gerettet? Das sagen

wir hier nicht, um irgendwelche schädliche Maßnahmen daran zu hindern oder darüber zu legen, daß die Unternehmer eben Unternehmer sind, sondern nur, um die Dinge zu zeigen, wie sie sind oder doch sein werden.

Von solchen Erwägungen ausgehend, haben die Gewerkschaften versucht, die Unternehmer zu überreden, für die Beschäftigung Kriegsbeschädigter gewisse Grundlinien schon jetzt zu vereinbaren. In zahlreichen Industriezweigen ist das gelungen. Vor allem im Handwerk und in den Zweigen der Industrie, die schon bisher an ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften gewohnt war. In der eigentlichen Großindustrie sind solche Vereinbarungen fast gar nicht getroffen. Die Unternehmer haben schroff abgelehnt oder sich mit mehr oder minder unverbindlichen Versprechungen ausreden um die Sache herumgeschlichen. jedenfalls ist eine Regelung bisher nur in einem verhältnismäßig kleinen Teile der Industrie erfolgt, und selbst da weiß man noch nicht, ob und wie sich diese Regelung in der Zukunft bewähren wird.

In der Zeitschrift „Cement“ hat vor einiger Zeit Dr. Kilius (Wadersdorf) sich über die Lage der Kriegsbeschädigtenunterbringung verbreitet. Allerdings mit im Zusammenhang mit einer allgemeinen Betrachtung über „Die Aussichten für Arbeiterverschärfung während der Dauer und nach Beendigung des Krieges“. Ziemlich verdient seine Ausführungen einige Beachtung. Dr. Kilius meint zunächst, es sei „ja nun zweifellos eine moralische Pflicht sämtlicher industrieller Betriebe, die verwundeten und nur noch teilweise arbeitsfähig gewordene Untergestellten und Arbeiter wieder anzunehmen und ihren Fähigkeiten entsprechend zu beschäftigen“. Der letzte Unterton des Behauens, der in dem „ja nun“ durchläuft, wird verstellt durch die Tatsache, die dem oben angeführten folgen. Nun? „Ja heißt es:

„Aber auch hierin hat man schon heutzutage genug, und die sind zum Teil unerträglich.“ Etwa genauso. Die Überentstehung von Kriegsbeschädigten ist nämlich, wie es sich gezeigt hat, sogar angeblich, dem Arbeitgeber bedeutende Unannehmlichkeiten zu bereiten, indem sie Verschiebungen in den Lohnverhältnissen hervorruft, die Arbeitgeber herbeiführt hat.“

Der Stil des Dr. Kilius ist nicht einwandfrei, und sein Deutsch nicht sonderlich klar. Man erhält wieder aus den hier angeführten, noch aus den darauf folgenden Seiten, was das für „Veränderungen in den Lohnverhältnissen zuungunsten der Arbeitgeber“ sind. Wahrscheinlich meint er, daß die Löhne der Kriegsbeschädigten im Verhältnis zu ihrer Leistung zu hoch sind, und daß dadurch der Unternehmer, der Kriegsbeschädigte beschäftigt, geschädigt wird. Nur so kann man sich nämlich den folgenden Satz erklären:

„Es wäre wohl würdigswert, daß der Staat gelegentlich hier eingriffe und zwecklos bestehende Missstände, gegen die die Arbeitgeber nicht anzutreten vermögen, durch Kontrolle der Kriegsbeschädigten, ihrer Rente und ihres Verdienstes beseitige.“

Das ist wieder ein Satz, aus dem nurslug zu werden ist, wenn man annimmt, daß durch diese Kontrolle das Einkommen der Kriegsbeschädigten nach gewissen Grundsätzen bemessen werden soll. Kilius behauptet sogar, es sei „von sehr brüderlicher Seite als Grundsaufgestellt worden, daß die Befreiung Kriegsbeschädigter möglichst in der Weise geschehen solle, daß das Gesamteinkommen des Kriegsbeschädigten aus Rente und Verdienst dem alten Verdienste vor der Einberufung desselben gleichkommen soll“. Uns ist von einem solchen Grundsatze nichts bekannt, wir müßten ihm auch entsprechen, wenn nicht ausdrücklich bestimmt wurde, daß dieser Grundsatze nur eine untere, nicht aber eine obere Grenze für den Lohn bestimmten soll. Dr. Kilius scheint ungelehrt in der Erreichung des alten Lohnes die obere Grenze für die Bemessung des Lohnes für Kriegsbeschädigte zu sehen. Demnach würde der Lohn nicht bemessen nach der Leistung des verletzten Arbeiters, sondern er würde einfach durch die Differenz zwischen der Militärrente und dem früheren Gehaltsatz bestimmt. Zu welch ungewöhnlicher Schädigung der Kriegsbeschädigten das in der jetzigen Zeit bei Tertium führen müßte, liegt auf der Hand.

## Der Papierkauer.

In alten Holzfachhäusern, alten Möbeln usw. kann man oft ein sehr kleines Tierchen wahrnehmen, das sich anhört, als wenn geäfft, gehobelt und gehämmert würde. Und richtig, bei näherem Nachsehen entdeckt man Holz kleine runde Löcher, die mit seinem Schädel gefüllt sind. Im Holzrundum kennt man diesen so empfindlichen kleinen Holzarbeiter den „Holzwurm“. Im Laufe mehrerer Jahre hat dieser fleißige Zimmermann lauter kleine Kanäle durch das ganze Holzstück gezogen; der Gegenstand ist unheimlich und damit unbrauchbar geworden. Wenn längstige Grüner hören die Tätigkeit des „Holzwurmes“ mit Angst und Grauen an. Ihnen bedeutet das seltsame Geräusch ein Beleidiges des Unglücks, denn nicht selten ein lieber Verwandter oder Bekannter zum Opfer fällt. Stets nun zufällig ein Hausherr oder ein Familienangehöriger, dann kann man sicher sein, daß diese Angstmeier behaupten, der „Holzwurm“ habe den Tod schon vorher angezeigt. In Wirklichkeit ist der „Holzwurm“ ein harmloses Tierchen, das seine Nahrung in den Bestandteilen des Holzes sucht. Der „Holzwurm“ ist ein Insekt und gehört zur Gattung der Bohrker. Mit ihm verwandt ist die Holzwespe. Das Weibchen der Holzwespe bohrt Baumstämmen und Gegenstände aus Holz an, um ihre Eier hinzulegen. Die aus den Eiern sich entwickelnden Larven leben oft sehr lang und bohren lange Röhre in das Holz. Ihre Bohrkunst soll beträchtlich sein, daß sie selbst Bleiplatten durchbohren. Zur selben Bohrkunst gehört auch die Holzwespe, die die Knoten der Getreidehalme anbohrt, um ihre Eier unterzubringen. Die Larven der Holzwespe bohren häufig im Getreidekorn auf und ab, durchbohren sämtliche Knoten und bringen den Samen frühzeitig zum Absterben.

Eine ähnliche Tätigkeit wie die vorher erwähnten Tiere haben entweder auch der „Papierkauer“, im Volksmund unter dem Namen Blattkäfer oder Buchwespe bekannt. Dieses Tierchen ist deutlich klein, daß es mit freiem Auge oftmals gar nicht beobachtet werden kann. Bei der Durchsicht von älteren Blättern findet man beim genaueren Durchsehen häufig kleine Flecken und Pünktchen von brauner, grünlicher oder anderer Farbe, die allgemein auf die Unreinheit des Papiers zurückgeführt wird. Der Engländer James Scott schaut vor einigen Jahren diese Flecken aus und unterzog sie einer mikroskopischen Untersuchung. Und siehe da, es waren nicht Schnecken, sondern kleine Fliegen, Raupen und andre kleine Lebewesen, deren Körperchen zum Teil durch die Papierfaseren verdeckt waren. Unter ihnen befand sich auch ein „Papierkauer“, der ohne die am Kopf sitzenden Füßchen etwa drei Millimeter lang war, einen sehr braunen, zarten und fast durchsichtigen Körper hatte. Der „Papierkauer“ gehört zur Familie der „Gymnoidea“, ist mit den Holzwespen und Holzwespen verwandt, und führt in England den Namen „Atropos pulsatorius“, während er in Amerika unter der Bezeichnung „Atropos divinatoria“ bekannt ist. Diese Namen sind Blattkäfernamen, die den Tieren angelegt wurden, weil man ihnen die Macht zuschreibt, daß sie durch ihre Tätigkeit den Tod vorzusagen können.

Das Tierchen hat einen, im Verhältnis zu seiner gekrümmten Größe großen, buldoggenartigen Kopf, an dem sich zwei lange Füßchen befinden.

An beiden Seiten des Kopfes sitzen zwei mehrgliedrige, stielige Glieder, die man vielleicht auch als Arme bezeichnen kann, da der „Papierkauer“ mit ihnen das Futter in seinen, an der Unterseite des Kopfes befindlichen Mund führt. Als Futterzeug dient ein doppelter Saug dreidigiger Vorrichtungen, die sich vor- und rückwärts bewegen, wobei deren Enden aufeinanderstoßen und dadurch das Futter zerkleinern. Der Unterleib ist viel kleiner als der Oberleib. Im Kopf sitzen ein paar kleine, schwarze Augen, die aus mehreren Linsen bestehen. Der Kopf des Tieres sitzt auf einem panzerähnlichen Körper, der durch sechs gut entworfene Beine vorwärts bewegt wird. Das Tier ist außerordentlich lebhaft undslug. Seine Bewegungen erinnern stark an die mit ihm verwandten tropischen weissen Ameisen oder Termiten, die durch Ausschüttungen der Dallen ganze Häuser zum Einsturz bringen können. Mit Borsten rütteln sich diese Tierchen von Staub, Helm, Kleid, Fleisch und andern unerwünschten organischen Stoffen. Die Lebensgeschichte der „Papierkauer“ ist noch zu wenig bekannt, um genau festzustellen, wie groß der Schaden ist, den sie ungewollt verüben. In Büchern, die jahrelang nicht gebraucht werden, scheint ihre Tätigkeit eine recht intensive zu sein. Sie behauptet, daß mehrere Bücher, die jahrelang nicht benutzt werden und aufeinander gestapelt waren, auf eine Strecke von 137 Centimeter so sauber durchbohrt waren, daß durch den Kanal eine Schnur gezogen werden konnte. Die Tiere halten Karton und Papier sauber durchlöchert. Nach dieser Behauptung muß angenommen werden, daß ihre Zerstörungskunst von großem Nachteil sein kann, wenn sie in größerer Anzahl vorkommen, jahrelang in Büchern ungestört zu wühlen. Bei häufigem Gebrauch der Bücher wird der Schaden, den sie anrichten, recht gering sein, da sie ihre Arbeit nicht ungefähr fortsetzen können und, sobald sie gefürt werden, mit unglaublicher Geschwindigkeit über das aufgeschlagene Blatt reißen, um sich im Buche unerwidrig zu verbergen.

### Niebfütterung mit Strohstoff.

Deutschland führt vor dem Kriege nicht unbedeutende Mengen Zuckerrüben aus dem Auslande ein. Für diese galt es Gefüllmittel im eigenen Lande zu suchen. Als ein solches dachte auch der von Professor Lehmann in Göttingen hergestellte Strohstoff zu betrachten sein. Sicher wurde der Strohstoff fabrikationsmäßig mit für die Papierfabrikation bearbeitet, der das Stroh einen vorzüglichen Strohstoff sowohl zur Säppen als auch zur Schreibpapierherstellung bot.

Professor Lehmann hat jahrelang Zuckerrübenverarbeitung am chemischen Wege, ähnlich der Aufbereitung des Strohstoffes, gemacht, um durch Reduktion der Bedeutung des Strohs zu fruchtbareren Zuckerrüben zu werden. Die Aufbereitung des Strohs geschieht in Kochtopfzügen mit und ohne Druck unter Zugabe von Wasser und Kaliatrationen, wobei die Bedeutung abhängt in dem Quantum der zugesetzten Salze. Das Zuckerrübenfutter bildet die vorzüglichste Aufbereitung des Strohs und ergibt damit die Bedeutung des Strohs desgegenüber.

Das Zuckerrübenfutter hat Professor Lehmann folgende Ergebnisse erzielt:

	Stärke	Verdauungsfähigkeit	Vergleichswert des Futter
6 v. H. Zehntron	90 v. H.	60 v. H.	mittleres Wiesenheu
8 v. H. Zehntron	80 v. H.	66 v. H.	bestes Heu, geringe Kleie,
10 v. H. Zehntron	70 v. H.	73 v. H.	Grasunter im Wert bester Kleie.

Der Zusatz von Wasser zu dem Kochverfahren bringt das zwei- bis dreifache Gewicht des Strohs. Die Menge des genommenen Futteres fällt mit der erhöhten Aufbereitung des Strohs. Je mehr Ränge zu den Kochungen verwendet wird, desto vollständiger ist die Aufbereitung, um so geringer aber auch die Abschöpfung der gewonnenen Zuckerrüben. Die Aufbereitung des Strohs in Kochtopfzügen ohne Druck hat sich nach den Lehmannschen Versuchen ebenfalls als vorteilhaft erwiesen. Professor Lehmann hat bei sechs- bis achtstündigem Kochen ohne Druck unter Zugabe von 10 Prozent Ringe eine Verdauungsfähigkeit von 74,19 v. H. der organischen Substanz erreicht, die bei Verwendung von 20 Prozent Ringe auf 81,88 v. H. liegt.

Die Kochung ohne Druck soll den Nachteil haben, daß das Futter einen alkalischen Rückstand hat, der aber durch geeignete Neutralisationsmittel leicht beseitigt werden kann. Das unter Druck hergestellte Futter soll einen säuerlichen Geschmack haben und von den Tieren weniger aufgenommen werden.

Außen Professor Lehmann hat sich auch der auf dem Gebiete der Zellstoffherstellung bekannte Professor Knobelschild diesem Problem schon vor Jahren zugewandt und ein Verfahren patentieren lassen, das nach Knobelschilder kein soviel als das Lehmannsche Verfahren. Knobelschild bestimmt, schon 1908 Kochungen von je 1000 Kilogramm Stroh in vier Stunden Dampfzutritt ohne Überdruck vollkommen recht schnell zu haben, wobei selbst die dicken und harten Strohsträuse mit aufgelöst werden. Das Kochen soll durch eine ganz schnelle Aufbereitung desselben Ergebnis erzielt haben. Knobelschild bestimmt dazu ein Kochgefäß, das er mit einem bequemen Deckel verseht und in dem er nach vorbereiteter Dampfzutritt das Stroh weit losigt. Nach Kochen ist das Kochen des Strohs mit einem hohen Grad von Zehntronlage nicht vorstellbar, da dabei wohl mehr Stroh, zugleich aber auch ein Teil des verdorbenen Zuckerrüben wieder mit angelebt wird. Weiter beweist Knobelschild die Richtigkeit der von Lehmann angeregten Vergleichswerte mit anderen Futtermitteln, da Wiesen- und beste Kleie erhebliche Mengen Zuckerrüben enthalten, die über dem Strohstoff vollständig zerfallen, weil sie schon beim Zersetzen des Strohs in Zehntronlage zerlegt und in Form von Ammoniumsalzen aufgezogen werden.

Der nach dem Lehmannschen Verfahren erzeugte Strohstoff soll sich in verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben gut bewährt haben, doch dürfte es noch den landwirtschaftlichen Kochungen sehr leicht sein, ob der Strohstoff auch nach dem Kriege in den Landwirtschaften und besonders in den Viehzuchtbetrieben finden wird. Nach einem

Dr. Källig meint allerdings, der Unternehmer kame immer zwischen zwei Stühle. Er argumentiert so:

Selbst wenn der Arbeitgeber nicht nach der Höhe der Rente fragt und eine weitere den alten Lohnfaktus (für einen Arbeiter, der seinen Posten wieder voll ausfüllen kann, D. V.) vielleicht sogar mit dem im Laufe des Krieges eingetretenen Erhöhung bezahlt, so werden ihm Schwerhörigen entstehen, indem nämlich die anderen Arbeiter, die denselben oder ähnlichen Posten bekleiden, ebenfalls einen höheren Lohn für sich beanspruchen, der der Summe aus Rente und Verdienst des Kriegsbeschädigten entspricht.

Zweitens aber der Arbeitgeber dem Kriegsbeschädigten, der seinen Posten wie früher ausfüllt, einen seine Rente ergänzenden niedrigeren Lohnfaktus, so wird anderseits der Kriegsbeschädigte der Unzufriedene sein, und nicht ganz mit Unrecht wird er fragen, warum er weniger verdienen soll als der Kollege.

Dieses Dilemma ist vorläufig nur eine Konstruktion des Herrn Källig. Es mag einzelne Arbeiter geben, die murren, wenn ein Kriegsbeschädigter ein höheres Einkommen hat als sie, aber die Regel wird das nicht sein. Die meisten Arbeiter sind einsichtig genug, eine den Leistungen entsprechende, ohne Rücksicht auf die Rente bemessene Entlohnung der Kriegsbeschädigten nicht nur ohne Reid zu ertragen, sondern in eigenen Interessen zu fordern. Dagegen würde die Anrechnung der Rente auf den Lohn nicht nur den Kriegsbeschädigten unsatisfieren machen, sondern auch den einflorigen Teil der Arbeiterschaft aufbringen, weil in jüngsten Fällen der Kriegsbeschädigte auf den Lohn der übrigen Arbeiter drücken würde. Das kleinere Nebel ist also entschieden auf der Seite des höheren Lohnes, und Herr Källig tätte wirklich gut, wenn er den Unternehmern raten würde, dieses kleinere Nebel zu wählen. Da er selber zugestellt, daß es auch Unternehmer geben wird, die „aus schädigem Geschäftsinteresse . . . Kriegsbeschädigte ausnutzen, diese selbst schlecht bezahlen mit Rücksicht auf ihre Rente und andern Angestellten und Arbeitern gegenüber berufen, um deren Gehälter und Löhne zu drücken“, dürfen wir von ihm wohl den guten Willen erwarten, solchem Tun entgegenzuwirken.

Am sichersten würde das geschehen können, wenn die Unternehmer der Zementindustrie den Bemühungen unseres Verbandsvorstandes, für die Belebung der Kriegsbeschädigten gewisse allgemeine Richtlinien festzulegen, etwas mehr Beachtung und Verständnis entgegenbrächten. Dann würde auch ein erheblicher Teil der Schwerhörigen, die Dr. Källig sieht, gehoben werden. Vielleicht bemüht er sich einmal, den Gedanken der Arbeiterschaft in die Kreise der Zementfabrikanten zu tragen. Damit würde nicht nur die Frage der Kriegsbeschädigtenstellung einer einwandfreien Lösung nähergebracht, sondern es würden auch die Arbeiterverhältnisse in der Zementindustrie überhaupt zum Gegenstand einer Aussprache gemacht werden können.

## Schwerhörigkeit und Kriegsteilnehmer.

Schwerhörig sein ist ein bitteres Los, das sich normal hörende nicht leicht vorstellen können. Täglich, ja ständig peinigt den Schwerhörigen der Gedanke: „Wenn ich mir richtig verstehe, was mir gesagt wird“. Unzählige Male muß der Schwerhörige doppelt fragen, um zu verstehen, was ja ihm gesprochen wird. Wenn er das Sprechende hört, weiß er, daß er es dem Sprechenden hört, denn zunächst ist es ihm vor, als habe er verstanden, wenn er auch nicht einmal einen Bruchteil von dem, was gesprochen wurde, gehört hat. Demgegenseitig wird aber der Schwerhörige im Verlaufe der Unterhaltung unruhiger und erwartet dadurch den Anschein geistiger Verücktheit. Für die Arbeit ist das zweitens ein doppelt bitteres Los, weil es die Ausübung ja manches Berufs ganz unmöglich macht. Der Krieg wird nun aus das Gepräge der schwerhörigen Arbeiter enorm vermehren. Schreibt doch Stabsarzt Dr. Alfred Fenner in der „Deutschen Medizinischen Rundschau“: „R. 2 des laufenden Jahres:“

„Viele Verhandlungen einschlägiger Zeitschriften aus dem Kriege 1914/15 haben bei den Belgien 60 Prozent der Verwundungen das Ohr betroffen. Nur die destruktiven Verhältnisse ist letztere Zahl entschieden viel zu hoch. Daraus folgt Zerhacker- und Sabotageverletzungen in beträchtlicher Zahl ausgetreten. Bei der genau geführten Statistik eines Bataillons konnte festgestellt werden, daß Sabotageverletzungen 12 Prozent der Gefechtsverletzungen, Zerhacker- und Sabotageverletzungen 6,4 Prozent, Sabotageverletzungen 5,6 Prozent.“

Und in Nr. 5 derselben Rundschau steht Stabsarzt Dr. Ernst Lehmann:

„Das herauströmende Element aller Zerhackerverletzungen durch Sabotage ist die Verschärfung der Hörstörigkeit, die in allen Graden ausgeprägt werden kann.“

Durch rechteckige aufsichtige Beschädigung sind aber gleichzeitig Schwerhörigkeiten und die am ihres bestehende Schwerhörigkeit in den rechten rechten Fällen heilbar. Ganz anders verhält es sich jedoch mit der Schwerhörigkeit, die auf Zerhacker- und Sabotageverletzungen entsteht; sie tritt langsam und schlechthin ein, ist unheilbar und erreicht erst nach Jahren einen hohen Grad. Als Folgeerscheinungen stehen oft noch Schmerzempfindungen, wie Kopfschmerz, Rückenschmerz usw. hinzu. In diesen Fällen ist die Schwerhörigkeit kaum in der Regel die Diagnose des Arztes. „Alles Scherze“ über „geringe Verletzung des Zerhakerrichts“. Leider folgt aber erziehungsmaßig dem einen Scherz der Krankheit das charakteristische am dem Kopf. Das Scherzgeschehen ist nicht eher der ursprünglich nur geringen Schädigung seines Gehörs oft wenig Bedeutung zu, obwohl die späteren Folgen für ihn recht ernste sein können. Er glaubt vielleicht, daß das Scherzen kann ein seiner eigenen Unschuldlosigkeit beruht.

Durch diese den Kriegsteilnehmern nicht direkt gegen gestellt werden, setzen sich eine erhebliche Veränderung ihres Hörevermögens zu, oft mit einer Menge und vor der Endstufe am dem Schwerhörigen zu einem blinden Zuhörer zu werden. Hat der Schwerhörige sich einen guten Stand erreicht, dann wie es ja nicht meist möglich ist, so die Hoffnung zu hoffen, daß die Schwerhörigkeit am Anfang der Kriegsteilnahme zunächst gar nicht oder nur leicht ausgeprägt war. Gute harte Schwerhörigkeit wird aber der Schwerhörigkeit der Krieger in hohem Maße bestimmungsgemäß. Schreibt Dr. Källig: „Gemeinsam darüber im Schrifttum der Arbeitsverhältnisse“ von Dr. Max Hartl Professor Dr. F. Gumpert und Dr. Oberarzt Dr. Källig:

Schwerhörige Schwerhörigkeit einschließlich nicht mehr mit mindestens 10 Prozent Gehör zu der Schwerhörigkeit beurteilt werden; unter ihnen kann sie bis zu 30 Prozent. Schwerhörige Grade von doppelter Schwerhörigkeit bedeuten nur die Hälfte des Gehörs weniger empfindliche Gehör keine wesentliche Beeinträchtigung, nur die empfindlichsten Gehör gehen fast für alle Schwerhörige eine Erwerbsbeeinträchtigung aus und zwar je nach dem Ausmaß, die Höhe an das Gehör fallen, von 10 bis 50 Prozent. Schwerhörige Schwerhörigkeit, bei der die Gehör nur noch fast geringe Gehör ist. Die verbleibende Gehör, was auch bei Schwerhörigen weniger empfindliche Gehör ist mit etwa 30 bis 50 Prozent beeinträchtigt, was bei den Schwerhörigen mit dem Gehör angedeutet wird, daß sie nicht mehr als 10 Prozent bis zu 100 Prozent. Gleiches gilt für den Rest der Schwerhörigen und folgt über Schwerhörigkeit und nur kleine Schwerhörigkeit, ebenso für Schwerhörigkeit der Gehör der Erwerbsbeeinträchtigung unter Umständen nicht ausreichend.“

Schwerhörige Schwerhörigkeit sollten in Hinsicht auf einrichter Schwerhörigkeit (aus politischen Gründen) besonders darauf beachtet werden zu legern.

Allen Verbandsmitgliedern, daheim und im Felde, wünschen

## + Frieden und Wohlergehen + im neuen Jahre

Der Verbandsvorstand. — Die Redaktion.

## Ausländische Arbeiterbewegung.

Die schwedischen Gewerkschaften in der Kriegszeit.

Dem erst jetzt erschienenen Bericht über die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Landeszentrale Schwedens im Jahre 1915 entnehmen wir einige interessante Einzelheiten: Die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes war ziemlich gut, nur die Tabak-, Stein- und Bauindustrien bildeten Ausnahmen. Die Arbeitslosigkeit betrug 4,5 Prozent aller Mitglieder gegen 10,3 Prozent im Jahre 1914, 4,4 Prozent 1913 und 5,7 Prozent 1912. Leistungszulagen, teils in barrem Gelde, teils in anderer Form, wurden erzielt für 26 598 Organisierte und 23 089 Unorganisierte. Von den 2598 Organisierten, die Leistungszulagen in barrem Gelde erhielten, erhalten 14 Prozent diese Zulagen, ohne eigene Forderungen gestellt zu haben.

Manche Verbände haben allerdings ungünstig berichtet, so auch der Metallarbeiterverband. Es dürften auch 10 000 seiner Mitglieder Leistungszulagen erhalten haben. In Gebieten, wo reichliche Arbeitsgelegenheit vorhanden war, wie in den mechanischen Industrien, hat eine jüngste Regulierung und Verbesserung der Löhne stattgefunden, besonders bei den Metallarbeitern, Gießereiarbeitern usw.

Es finden 383 Lohnbewegungen statt, an denen 669 Arbeitgeber und 30 658 Arbeiter, darunter 17 792 Organisierte, beteiligt waren. Durch Verhandlungen wurden 104 Kollektivverträge erzielt, durch Streik 17 und vier nach Aussperzung. Diese Verträge umfassen am 1. Januar 1916 7554 Arbeiter, darunter 4182 Unorganisierte.

Die Anzahl der infolge der Streiks verlorenen Arbeitstage betrug 40 933 gegen 118 330 im Jahre 1914 und 133 768 im Jahre 1913. Durch Aussperzungen gingen 256 Arbeitstage verloren gegen 236 088 und 42 669 in den Jahren 1914 und 1913. Im ganzen wurden im Jahre 1915 94 803 Kronen als Unterstützung bei Streiks und Aussperzungen ausbezahlt.

Die Mitgliederzahl der Landeszentrale erhöhte sich von 101 207 auf 110 708. Die größten Steigerungen konnten die Metallarbeiter, Sägewerksarbeiter, Kommunalarbeiter und Fabrikarbeiter bilden. Die Zahl der Mitglieder der Konferenz mit den Worten: „Ich habe die Konferenz still und schweigend eröffnet und sehr auch beim Schlusse sehr wenig in bezug auf Aussprachen der heimkehrenden Krieger und ihrer Frauen lese ich. Es sei erwähnt, daß ab und zu in der Presse ein Artikel erscheinen möchte, der vorgebrachte Aussprache nachläuft.“

Kollege Grothmann erklärt sich mit den Aussprüchen im allgemeinen einverstanden. Er sagt an, daß versucht werden sollte, die Kriegerfrauen der Organisation anzuhören, dies könnte am besten dadurch geschehen, daß man jetzt bei der Aussprachung der Weihnachtsunterstützung, entweder in Versammlungen, oder durch persönliche Rückfragen, diese Frauen für uns zu gewinnen sucht. Ihm ist es auf diese Weise möglich gewesen, schon eine beträchtliche Anzahl für den Verband zu gewinnen. Beim Abschluß wurde von ihm, daß die Lagespreche sehr wenig in bezug auf Aussprachen der heimkehrenden Krieger und ihrer Frauen lese ich. Es sei erwähnt, daß ab und zu in der Presse ein Artikel erscheinen möchte, der vorgebrachte Aussprache nachläuft.“

Kollege Hartig stellt fest, daß von ihm schon eine ganze Anzahl Versammlungen der Kriegerfrauen abgehalten worden sind; der Erfolg ist ein sehr befriedigender gewesen, was die Aufnahme für den Verband anbelangt, desto größer aber der moralische, und das ist auch viel wert.

Zum Verschiedenen erfolgten keine Wortmeldungen. Kollege Hartig schließt die Konferenz mit den Worten: „Ich habe die Konferenz still und schweigend eröffnet und sehr auch beim Schlusse sehr wenig in bezug auf Aussprachen der heimkehrenden Krieger und ihrer Frauen lese ich. Es sei erwähnt, daß ab und zu in der Presse ein Artikel erscheinen möchte, der vorgebrachte Aussprache nachläuft.“

## Rundschau.

### Konto II.

In Nr. 51 des „Proletariers“ drucken wir ein Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände ab, in dem die Unternehmer um Geld zur Unterstützung der gelben Werkbereichsbewegung angeschaut werden. Diejenige Richtung der Gelben, die sich um den von Leibniz begründeten „Bund“ gruppirt und in einem vordringenden Kartellverband deutscher Werkvereine zusammengefaßt ist, beschwert sich nun darüber, daß wir sie mit den Gelben der Essener Richtung in einen Topf geworfen haben. Der Kartellverband erklärte in einer Bekanntmachung, daß er und die vom angeklagten Werkvereine mit dem Hauptausdruck nationaler Arbeiterverbände“ nicht das geringste zu tun haben und weder von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände noch von irgend einem anderen Arbeitgeberverband jemals irgendeine „Entschädigung“ oder sonstige Geltung in irgend einer Form zu erhalten wünschen. Im „Bund“ wurde von ihm, daß die Lagespreche sehr wenig in bezug auf Aussprachen der heimkehrenden Krieger und ihrer Frauen lese ich. Es sei erwähnt, daß ab und zu in der Presse ein Artikel erscheinen möchte, der vorgebrachte Aussprache nachläuft.“

Wie nehmen die Erklärungen und Bekanntmachungen der Gelben von der Berliner Richtung zur Kenntnis. In den revolutionären Anmerkungen zu dem Rundschreiben der Arbeitgebervereinigung ist der Kartellverband wieder ausdrücklich genannt noch ausdrücklich ausgenommen worden. Im übrigen werden die Meinungsunterschiede der Buntleute Erklärungen an gewisse Briefe, die einst bei uns an die Unternehmer richten und in denen nichts weniger wie ein Zusatz zum Ausdruck kam als die Abweisung finanzieller Unterstützung. Zugleich wollen wir das Ereignis von dem Jüdischen, der die Trauben sauer fand, weil sie ihm zu hoch hingen, heute nicht heranziehen. Schon um des Burgfriedens willen nicht. Aus demselben Grunde übergehen wir auch die Lebensmittelabgaben, die der „Bund“ in einem Artikel über das Hilfswerksethos an uns Adressen richtet. Er meint dort im Anschluß an eine Bemerkung des Genossen Hue, daß die gelben Werkvereine nicht Arbeiter, sondern Unternehmerinteressen vertreten und deshalb von den übrigen Gewerkschaftsgruppen als Arbeitervertreter nicht anerkannt werden können:

Wir legen keinerlei Wert auf die Anerkennung des roten Gewerkschaftsverbandes, der jetzt alle seine früheren Grundsätze verleugnet und mit Hohen tritt und überall in den Ministerien lädt und liebt und siegt, um möglichst viele und gute Posten für sich zu ergattern.“

Auch dieser Ertrag könnte zu einem Hinweis auf das Ereignis von Kiel und den sauren Trauben reizen. Allerdings auch zu der Frage, warum die Redaktion des „Bundes“ in dieser so ernsten Zeit so spottisch schlechte Witze macht.

## Verbandsnachrichten.

### Statistik.

Blauer Monatskarten — gelbe Quartalskarten.

Mit Dezember geht das 4. Quartal 1916 zu Ende. Es muß deshalb jede Jahreshälfte bis 4. Januar 1917 eine blaue Monatskarte und eine gelbe Quartalskarte nach Hannover gesandt haben. Als Etikett gilt der 30. Dezember 1916. Zahlsstellen, die die Karten zu spät oder überhaupt nicht eingesandt werden, werden im „Proletarier“ namentlich veröffentlicht.

Meistere Zahlsstellen senden noch immer rote Wochenkarten und graue Monatskarten ein. Diese Karten sind ungültig und dürfen nicht mehr benutzt werden. Zahlsstellen, die nicht mehr im Besitz von blauen und gelben Karten sind, müssen sollte beim Vorstand bestellen.

### Das „Korrespondenzblatt“

war beim Versand dieser Nummer noch nicht eingetroffen, konnte deshalb nicht beigelegt werden. Es wird mit der nächsten Nummer folgen.

### Schlussberichte.

Die Zahlsstellenleitungen werden dringend erachtet, die Schlussberichte über Lohnverhandlungen im Jahre 1916 umgehend an den Vorstand einzusenden.

Vom 12. Dezember 1916 an gingen bei der Hauptstelle folgende Beiträge ein:

St. 1/12. Hohenstein 18.—

Schlü: Freitag, den 22. Dezember, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Rossiter.